

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Vestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 13893.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6zeilige Petitzelle oder deren Raum 25 Pfg., bei Blockdruck 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

- Die Stichwahl in Neustadt-Laubau soll am 30. Juli stattfinden.
- Die Verhandlungen über die Erneuerung des Kalifandiats sind gescheitert.
- In Königsberg starb ein aus Rußland zugereister Amerikaner an der Cholera.
- Das neue französische Kabinett wurde unter dem Präsidium Briand gebildet.
- Der indische Attentäter Dhingra in London ist gestern zum Tode verurteilt worden.

Zum Gewerkschaftsfest.

Leipzig, 24. Juli.

Morgen feiert das Klassenbewußte Proletariat Leipzigs sein Gewerkschaftsfest, und es entspricht nur den Traditionen der Leipziger Volkszeitung sowie den engen Beziehungen, die gerade in Leipzig Partei und Gewerkschaften seit jeher verbunden haben, wenn wir auch an dieser Stelle dieses Festes der Arbeit gedenken.

Es ist die Eigenart proletarischer Feste, nicht so sehr der Erholung vom Kampf als vielmehr der Rüstung zu neuem Kampfe zu dienen. Und gerade in diesem Jahre bedeutet das Gewerkschaftsfest ein schmetterndes Alarm-signal für kommende Kämpfe. Wie ein Wahrgewitter werden die neuen Steuern über Deutschlands Arbeiterklasse hereinbrechen und manche Erfolge mit sich reißen, die die Gewerkschaften in jäh, geduldiger, jahrelanger Arbeit mühsam aufgebaut haben. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Haushaltsgegenstände erfahren mit einem Ruck eine ganz exorbitante Erhöhung, die sich augenblicklich nur sehr schwer in exakt berechneten Zahlen zusammenstellen läßt. Das Bier soll nach der Absicht einiger Brauereien pro Liter um 7—10 Pfg. im Preise steigen. Bisher 5 Pfg. für eine Zigarre zahlte, muß in Zukunft 6 Pfg. zahlen oder mit einem noch schlechteren Kraut sich bescheiden. Das Pfund Kaffee wird bei den schlechtesten Sorten um 13—15, bei den besseren um 20 Pfg. und mehr verteuert werden. Der Teepreis steigt um 40 Pfg. pro Pfund. Dem kleinen Gewerbetreibenden verteuert man den Betrieb dadurch, daß er in Zukunft für jeden Gasglühstrumpf 10 Pfg. Steuern zu zahlen hat. Die Preise für Spirituosen werden sich um 35 bis 40 Prozent erhöhen. Beispielsweise wird der Berliner Getreidekummel, der bisher pro Liter 1.25 Mk. kostete, in Zukunft 1.75 Mk. kosten.

Neben diesen direkt durch die neuen Steuern veranlaßten Preiserhöhungen treten aber noch andre hinzu. Die Preise für die gesamten Nahrungsmittel, in erster Linie für Brot, sind in dem ersten halben Jahr Januar

bis Juni 1909, ganz wesentlich in die Höhe gegangen. Seit Februar stieg die Normalziffer, die den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie in Mark angibt, in folgender Weise:

Februar	März	April	Mai	Juni
22.87	22.47	22.50	22.87	23.21

Seit Februar beträgt also die Steigerung der Nahrungsmittelskosten 84 Pfg., das heißt pro Monat rund 3.40 Mk. Allein vom Mai auf Juni betrug die Preiserhöhung 34 Pfg. pro Woche. Diese Teuerung ist, wie gesagt, in erster Linie auf das Konto der gestiegenen Getreidepreise zu setzen. Daß die Getreidepreise überhaupt in die Höhe gehen, ist eine allgemeine Erscheinung, die wir schon seit Jahren vorausgesagt haben, als die Weltmarktpreise noch wesentlich niedriger standen, als heute, und deren Zusammenhang mit den internationalen Weltmarktverhältnissen wir mehr als einmal an dieser Stelle auseinandergesetzt haben. Daß aber die Getreidepreise in Deutschland diese wahnsinnige Höhe haben erklimmen können, das ist die Schuld unserer ostelbischen Junker, die im Bunde mit Pfaffen und Nationalliberalen im untergegangenen Dezember des Jahres 1902 die wahnsinnigen Erhöhungen des neuen Zolltarifs schufen, deren Ergebnis ist, daß die deutsche Arbeiterklasse jetzt die höchsten Getreidepreise der Welt zu zahlen hat. Als am 1. März des Jahres 1906 der neue Zolltarif in Kraft trat, befanden wir uns in einer wirtschaftlichen Blüteperiode, die die volksverwüstende Raubpolitik dieser Zollsätze etwas verwischt und die dem Hottentottenblut sein schmüchiges Handwerk bei den Wahlen 1907 wesentlich erleichterte. Aber schon wenige Monate später senkte sich die Wolke der Wirtschaftskrise auch auf Deutschland herab, und jetzt trat ein, was die Sozialdemokratie vorausgesagt hatte: die Löhne sanken, die Getreidepreise stiegen und mit fürchterlichem Geißelschlag zerfleischte die Blutpest des Wuchertarifs den Nacken des deutschen Proletariats, indes das ostelbische Junkertum durch einen schamlosen Getreideexport die deutschen Getreidepreise immer weiter in die Höhe trieb und sich aus dem Elend der Massen ungemessene Reichtümer schuf.

Und es versteht sich, daß es bei diesen Teuerungspreisen für Nahrungsmittel, die durch die neuen Steuern und den Brotwucher herbeigeführt sind, nicht sein Bewenden haben wird. Eine allgemeine Teuerung wird einziehen. Die Mieten werden steigen, die Preise für Kleidung und Wäsche, für Schuhe und Heizmaterialien zc. werden steigen; denn es ist eine bekannte Erscheinung, daß Preissteigerungen auf einem Gebiet Preissteigerungen auf andern Gebieten nach sich ziehen. Damit aber sehen die Gewerkschaften viele der Erzeugnisse, die sie durch Lohnerhöhungen in den letzten Jahren erreicht haben, wieder dahinschwimmen, und von neuem erhebt sich für sie die Notwendigkeit großer Lohnkämpfe. Wenn die Arbeiter ihre Lebenshaltung auch nur auf der bisherigen Höhe erhalten wollen, werden sie wesentliche Lohnerhöhungen durchsetzen müssen. Daß diese Kämpfe just

in eine Zeit wirtschaftlicher Depression fallen, wird sie freilich um so schwieriger und erbitterter gestalten.

In diesen Kämpfen der Zukunft wird den Gewerkschaften die Sozialdemokratie ebenso hilfreich zur Seite stehen, wie sie ihnen in der Vergangenheit zur Seite gestanden hat. Haben doch gerade die Momente, die die Teuerung herbeigeführt haben, den handgreiflichen Beweis für die Notwendigkeit gewerkschaftlich-politischer Zusammenarbeit geliefert. Wenn die herrschenden Klassen in der Lage sind, mit Hilfe der Staatsgewalt, also mit politischen Mitteln — Zolltarif und neuen Steuern — die wirtschaftlichen Erfolge wieder zunichte zu machen, die die unterdrückten Klassen sich errungen haben, so ergibt sich für die unterdrückten Klassen ganz von selbst die Konsequenz, ihre wirtschaftlichen Erfolge durch den politischen Kampf zu sichern. Die politische Vorkämpferin der unterdrückten Klassen aber ist die Sozialdemokratie. Deshalb kann der brutale Raubzug, den jetzt die Bourgeoisie an der deutschen Arbeiterklasse zu unternehmen sich anschickt, vor allen Dingen nur die eine Konsequenz haben. Partei und Gewerkschaften immer fester aneinander zu schmiegen und sie zu einem stahlfesten Block zusammen zu hämmern, an dem die Galeere des Kapitalismus eines Tags zum Scheitern kommen wird.

Kultur und Ausbeutung.

Neulich hat der frühere Minister Berlepsch in einer Rede, die er auf dem christlichen Gewerkschaftstongress in Köln hielt, die „hohe Kultur“ Deutschlands gepriesen und es als die Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet, die Lage der Arbeiter den hohen Ansprüchen entsprechend zu gestalten, die zu dieser Kultur gehören. Einem Arbeiter wird es unverständlich sein, wie man in einem Polizeistaat, wo die Masse des Volkes fürchtbar ausgebeutet wird, von Kultur reden kann. Aber darin tritt nur zutage, daß Herrscher und Beherrschte in der Beurteilung dessen, was Kultur ist, einander absolut nicht verstehen. Die Kultur der Bourgeoisie hat die Ausbeutung der Masse geradezu zur Voraussetzung, während nach proletarischer Auffassung Kultur und Ausbeutung unvereinbare Gegensätze sind. In dieser Hinsicht stehen bürgerliche und proletarische Kultur einander schnurstracks gegenüber.

In der bisherigen Geschichte der Menschheit war fast immer Kultur mit Ausbeutung unzertrennbar verbunden. Den primitiven Gesellschaften, in denen alle Mitglieder als Gleiche zusammenarbeiteten, war etwas, was in modernen Sinne Kultur heißen könnte, unbekannt. Eine solche Kultur war daran gebunden, daß sich über die Masse des Volkes eine herrschende Klasse erhob, die der Teilnahme an der eigentlichen Produktion entzogen war und sich durch kriegerische oder andere Ueberlegenheit einen Teil der Produkte der Arbeit der produktiven Klasse aneignen wußte. Die ausbeutende Herrscherklasse — Priester, Adel, Fürsten, reiche Bürger — verfügte über Mäße, Reichtümer und Macht; ihre Stel-

Seuilleton.

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Kaserne und Lazarett.
Von Karl Hoyer.

18] Nachdruck verboten.
In den letzten Tagen des Korpsmanövers wurden ganz gewaltige Anforderungen an die Soldaten gestellt. Nachts oft bimakteren — ungenügendes Essen — und fast Tag und Nacht auf den Beinen. Dabei eine drückende, schwüle Luft. Alltäglich kamen Ohnmachten vor infolge von Ueberanstrengung während des Marsches.

In langen Reihen zogen die Marschkolonnen über die Landstraßen. Kompanie reihte sich an Kompanie. Der drittlehste Tag des Manövers war für Volters Regiment der schwerste. Morgens kam es aus dem Bivak. Früh halb zwei Uhr wurde aufgebrosen und ohne Aufenthalt marschiert bis zum Gefecht, das zwei Uhr mittags begann. Nach dem Gefecht eine kleine Ruhepause, und gegen vier Uhr ging es weiter, bis halb neun Uhr abends. Dann wieder Bivak. Am Nachmittag waren alle aufs höchste ermüdet. Die Marschkolonnen waren in einen Schweiß- und Staubbampf eingehüllt. Alle Augenblicke stürzte einer aus dem Glied ohnmächtig zusammen und in den Straßengraben. Jeder leuchtete unter der Last des Tornisters.

Volter glaubte sich am Ende seiner Kraft. Sein ganzer Anzug war von Schweiß naß. Sein Hemd klebte am Körper. Sobald er mit der rechten Hand seinen Helm küftete, schob ihm der angesammelte Schweiß übers Gesicht.

Durch eine prachtvolle hügelige Landschaft zog sich die Mittärmasse. Keiner hatte Augen für die Natur. Ab und zu wandte einmal ein schwelbiges Gesicht den flüchtigen Blick seitwärts. Den Tornister des Vordermannes, die Landstraße — weiter sieht der stumpfsinnig marschierende Soldat nichts.

Keiner redete ein Wort. Eintönig vernahm man die regelmäßigen Tritte der Soldaten. Jeder war nur von dem einen Gedanken erfüllt, dem einen Ziel: daß der Marsch und alle Anstrengung zu Ende wäre und Ruhe, Ruhe! folgte.

Volter merkte, wie er gar nicht mehr Herr seiner selbst war. Wie eine willenlose Maschine ließ er sich treiben. Seine Beine liefen nicht. Seine Stiefel setzten sie in Bewegung. Ohne Empfindung klatschten seine Füße bei jedem Schritt auf die Landstraße. Sein Kopf dünkte ihm der Wille seines ganzen Körpers. Er fühlte gar nicht den Schmerz des Scheuerns seiner Strümpfe, die sich in Falten gelegt hatten. Auch die Tornisterriemen rieben gerade über den Hofenträgerschultern durch den Nack keine Schultern blutig. Sein Körper und Geist waren bis zur Erschöpfung so ermüdet, daß er, gegen alles apathisch, im Glied weitertrötete.

Die Landstraße zog sich über eine Anhöhe hin. Durch ein langes, breites Tal zog die lange Schlange der Marschkolonne. Auf der Höhe angekommen, erhob Volter seinen Kopf und seinen Blick fesselte der lange, dunkle Streifen

auf der Chaussee, wie er, so weit sein Auge reichte, sich über die Landschaft dahin schlängelte. Nur Helme, nichts als Helme mit Metallspitzen, die im Sonnenschein funkelten. Unter diesen wußte er Menschen, so jung wie er, leuchtend unter der Last der Anstrengung wie er. Er fühlte tief, wie bleiern der Zwang alle seine Kameraden drückte. Dieser Anblick wurde ihm zum Ausgangspunkt vernünftigen Denkens. Es durchschauerte ihn mit neuer Kraft, wie er das todmatte Weitererschleppen der jungen Menschen um sich sah.

Alle dachten ähnlich wie Volter, ein aufgezwingener Wille trieb sie vorwärts. Eine Staubbolke, der penetrante Schweißgeruch, verband alle zu einer Masse eines sich weiterwägenden Menschenmäuels.

Plötzlich hätte Volter aufschreien mögen. Sein Freund Weiner, von der vor der ersten marschierenden Kompanie, lag im Straßengraben ohne Bewußtsein. Der Helm war ihm vom Kopfe gefallen und wie tot war die Farbe seines Gesichts. Volter wollte seinen Augen nicht trauen, blickte, wie er vorüber war, noch einmal zurück und sah, wie sich ein hinzugekommener Sanitätsgeselle bereit um den Kranken mühte. Instinktiv wollte er umkehren — zu ihm, ihm helfen — ihn beim Namen rufen. Seine Müdigkeit war in diesem Moment ganz vergessen. Eine fürchterliche Angst ließ ihn kaum atmen. Wie ein elektrischer Strom ging es ihm durch den ganzen Körper. Er konnte keinen Gedanken festhalten. Sein ganzes, verworrenes Empfinden galt seinem Freunde — zu ihm zog es ihn. Er wollte zurückbleiben! — Maschinenmäßig klapperten seine Stiefelsohlen auf den Boden. Sein Kopf bewegte sich vorwärts im Glied. Er mußte weiter! Keine

lung erforderte einen Weltblick, der sie über ihre nächste Umgebung erhob. In ihr oder durch ihre Unterstützung kamen Kunst und Wissenschaft zur Entwicklung, die den Weg zum späteren technischen Fortschritt bereiteten. Was von den Herrschenden unmittelbar für das eigene Vergnügen oder das eigene Interesse geschaffen wurde, zur Hochhaltung ihrer Herrschaft, zur Befriedigung ihres Ehrgeizes, zur Verherrlichung ihrer Taten oder einfach als Luxus, zum Zeitvertreib, hat für die geistige und materielle Entwicklung der Menschheit eine hohe Bedeutung gewonnen. In dieser Weise ist die Ausbeutung historisch ein Faktor des Fortschritts gewesen.

Das gilt mit wenig Ausnahmen für alle, von den späteren Geschlechtern bewunderte Kultur der einander folgenden Geschichtsperioden. Sie war nie eine Kultur, die das allgemeine Volkswohl in sich schloß, sie hatte die Ausbeutung der Masse zur Grundlage. Je glänzender die äußere Pracht der Kultur, um so schwerer das Leiden der Ausgebeuteten. Die ägyptischen Pyramiden, diese Wunder ältester Kultur, wurden auf Gebot der Pharaonen von zu Tode geschundenen, mit der Peitsche angeführten Sklaven erbaut. Aber mit den Wunderwerken anderer auf Ausbeutung beruhenden Kulturen war es kaum anders, wenn es dort auch nicht so brutal ins Auge springt. Die wundervollen griechischen Tempel und römischen Bauwerke waren nur durch die Beraubung gefuchelter Völker möglich, wie die Prachtbauten moderner Herrscher durch die Armut ihrer Untertanen. Die hohe antike Kultur beruhte auf der Sklavenarbeit, wie die moderne auf der Ausbeutung von Lohnarbeitern. Wo Dichter und Künstler schafften, standen sie auf den Schultern einer elend lebenden, durch Not und Armut schwer gedrückten Masse. Das konnte auch nicht anders sein. Denn Kultur, Kunst, Wissenschaft setzten Reichtum, Ueberfluß, sorgenloses Wohlleben voraus, und diese konnten während der ganzen zivilisierten Periode nur das Privileg einer kleinen ausbeutenden Herrscherklasse sein, für die das arbeitende Volk sich schinden mußte.

Das gilt auch für unsere deutsche Kultur — soweit man hier überhaupt von Kultur reden darf; denn das Geistesleben und die Erzeugnisse der modernen deutschen Bourgeoisie nehmen sich durch ihren Mangel an hohe freie Gedanken, durch ihre prohische Geistlosigkeit schon im Vergleich zu andern bürgerlichen Kulturen als barbarisch aus und haben damit nur die äußere Form gemein. Wenn ein Mitglied der herrschenden Klasse über die hohe Kultur dieses Landes redet, redet er im Grunde nur über den Riesenmehrwert, der hier aus den Arbeitern gepreßt wird, und diese Kultur erst hervorbringt. Aber damit tritt zugleich das Betrügerische ans Licht, zu den Arbeitern über diese Kultur zu reden, als könnten sie einen Anteil daran gewinnen. Würden die Arbeiter wirklich Ansprüche erheben, die dieser Kultur, das heißt dem Reichtum ihrer Ausbeuter entsprechen, und zögen sie daraus den Schluß, daß es nicht mehr nötig sei, daß sie bei einer solchen gewaltigen Produktivität der Arbeit Armut und Not leiden, so wäre es mit dieser Kultur bald zu Ende.

Die bürgerliche Kultur beruht also, wie jede Kultur einer herrschenden Klasse, auf der Unkultur der Masse. Die Minderheit kann nur deshalb kulturell emporkommen, weil sie die Mehrheit von jeder Kultur fernhält. Aber gerade deshalb hat sie eine solche Kultur, trotz des hohen künstlerischen Wertes einzelner Erzeugnisse immer das Häßliche einer äußerlichen Scheinkultur an. Sie mag noch so sehr durch äußeren Glanz und Luxus blenden, ihr fehlt die Grundlage zu einer wahrhaft menschlichen, gesitteten Gesinnung. Derselbe Bourgeois, der auf die Kultur seiner Klasse pocht, zeigt die grausamste Gefühlslosigkeit gegen das Leiden der unterdrückten Klasse, namentlich wenn diese sich auch etwas Lebensfreude zu erkämpfen sucht. Seine Kultur ist der eines Plantagenbesitzers der amerikanischen Südstaaten gleich, der sich durch das Geschrei der unterdrückten Massen nicht durchgereizt, sondern in künstlerischen oder literarischen Genüssen stören läßt.

In der Tat, um unsere großkapitalistische Kultur zu bewahren und zu verteidigen, worin die Masse des Volkes wie Sklaven an die Arbeit gekettet und ohne Lebensfreude ist, dazu gehört die Gesinnung eines Sklavenhalters. Wenn Gelehrte oder Gebildete über die Höhe unserer Kultur erhabene Phrasen dreschen, und zugleich ruhig ansehen, daß die Masse durch Armut und Ueberarbeit unfähig ist, Kunst und Wissenschaft zu genießen, so zeigt sich darin ein Mangel an wirklicher Kultur. Menschen, die, weil sie selbst in Ueberfluß leben, die Lumpen, den Schmutz, den Hunger, die Verzweiflung unmittelbar neben sich gleichgültig ansehen, und sich ohne Grauen als mit etwas Selbstverständlichem damit abfinden, sind keine Kulturmenschen, sondern Barbaren.

Gewalt hatte er über sich. Mit seiner Kleidung war er verwachsen. Der Wille, der ihn leitete, war sein Kopf. Hilflos war er wie ein Kind. Er sah sich als ein Stück von einer riesigen Fleischmasse, die sich, in Tuch gehüllt, dampfend über die Erde dahinwälzte.

In der Ferne — wie einen Schein — gewährte er die Gestalt seiner Braut, wie sie mit immer ängstlicher werdendem Gesichte dem vorüberziehenden Menschenstrom nachblickte. Nüchtern besteten sich ihre Augen auf einen weißen Punkt am Straßenrand. Ein Schauer durchfuhr ihren Körper. Volter folgte ihrem Blick und sah das weiße, tote Gesicht seines Freundes. Dessen Augen blickten erschrocken unter den halbgeschlossenen Lidern gläsern hervor. Im Geiste las Volter alle Seelenkämpfe, alle trüben Erfahrungen, alle Leiden aus des Freundes Schmerzpall verzogenem Gesicht.

Eine furchtbare Wut kam über ihn, die ihn halb wahnhaftig machte. Seine rechte Hand umkrallte wie im Fieber den Schaft seines Gewehrs, das über seiner Schulter lag. Und dann plötzlich füllten sich seine Augen mit einem Tränenstrom, der sich über die Wangen ergoß. Der Schweiß seiner Stirn mischte sich mit den bitteren Tränen und tropfte auf den Uniformrock und seine Patronentaschen.

Wie eine Erlösung aus fürchterlicher Gefahr kam es jetzt über ihn. Er begann wieder klar zu denken. Im gewöhnlichen Marztempo fehlte er Schritt vor Schritt seine Füße vorwärts. Nur ein dumpfes Schmerzgefühl fühlte er noch in der Erinnerung an seinen Freund.

(Fortsetzung folgt.)

Hier legen wir nun allerdings nicht ihren, sondern unseren Maßstab an. Sozialistische Kultur ist die Kultur der großen Masse; sie kann erst bestehen, wenn die Ausbeutung ganz verschwunden ist, und jedem Mitglied der Gesellschaft Ueberfluß und Ruhe, Gesundheit und Entwicklung zu Gebote stehen. In dieser Kultur steht das Verhältnis zu den Mitmenschen, nicht das Verhältnis zu äußeren Dingen in dem Vordergrund. Zwar ist sie noch nicht verwirklicht; es fehlt der unterdrückten Klasse noch an Macht, ihre Ziele durchzuführen. Aber sie besteht doch schon in den Gedanken, als Maßstab, womit wir jede andere Kultur messen. Gerade weil wir diesen Maßstab besitzen, sind wir imstande, der vielgepriesenen bürgerlichen Kultur kritisch gegenüberzutreten und ihre innere Faulheit zu durchschauen.

Vierter Verbandstag der Capezierer.

k. Berlin, 22. Juli.

Vierter Verhandlungstag.

Die Beratung der zum Statut gestellten Anträge geht sehr in die Länge. Es liegen 112 Anträge vor, die von den Antragstellern begründet werden. Beschlossen wird unter andern, daß die Mitgliedsbücher Eigentum des Verbandes bleiben, und daß aus andern Organisationen über tretenden Mitgliedern die dort geleisteten Beiträge angerechnet werden. Einem Antrag Kiel entsprechend, wird bestimmt, daß Kollegen, die der Jugendorganisation angehört und innerhalb vier Wochen nach beendeter Zeit dem Verbands beitreten, vom Eintrittsgeld befreit sind und ihnen die in der Jugendorganisation geleisteten Beiträge mit verrechnet werden. Auf der Durchreise befindliche Mitglieder sollen zur Zahlung der örtlichen Zuschläge nicht verpflichtet sein, wenn die Beiträge bis zur Abreise voll gezahlt sind. Abgelehnt wird ein Antrag Frankfurt a. M., nach dem streikende Mitglieder nicht verpflichtet sein sollen, Extrabeiträge zu zahlen.

Besonders lange Erörterungen rief ein Antrag des Hauptvorstandes hervor, nach dem regelmäßige, örtliche Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung, die über die Höhe des wöchentlichen Beitragss hinausgehen, nicht zulässig sein sollen. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag, der die Gemüter sehr erregte, mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen. Die weiter vorgeschlagenen Änderungen des Statuts sind mehr rein verwaltungsmäßiger Natur. Bei der Beratung des Reglements für Lohnbewegungen begründet zunächst Wespere Berlin einen Vorstandsbeschluss, der dem Vorstand das Recht zugestehen soll, Streiks zu beenden. Doch soll in diesem Falle möglichst vorher eine Verständigung mit der Dienstverwaltung und den Streikenden herbeigeführt werden. Zu diesem Antrag stellt Berlin den Zusatz: „Erklären sich zwei Drittel der beteiligten Mitglieder in geheimer Abstimmung gegen die Beendigung der Streiks, so gelten die bezüglichen Anträge des Hauptvorstandes als abgelehnt.“ Die Jahrestellen Köln und Bremen stimmen dem Vorstandsbeschluss mit der Beschränkung zu, daß das Wort „möglichst“ gestrichen wird. Der Verbandstag stimmt nach kurzer Debatte, in der betont wird, das Mitgliedsmitglied recht der Mitglieder müsse gewahrt werden, dem Vorstandsbeschluss mit dem Berliner Zusatz zu. Angenommen wird auch ein Antrag, wonach Angriffsstreiks mindestens drei Monate vor Beginn, beim Bestehen künftiger Lohnstarke jedoch mindestens zwei Monate vor dem Abkündigungstermin dem Hauptvorstande angemeldet werden müssen.

Zu der Bestimmung über Streikunterstützung wird, unter Ablehnung eines Vorstandsbeschlusses, der acht Wochen setzen will, festgestellt, daß Mitglieder mindestens vier Wochen dem Verband angehört haben müssen, um Anspruch auf Unterstützung zu haben. Weibliche Mitglieder sollen künftig nur zwei Drittel der für die männlichen Mitglieder festgesetzten Streikunterstützung erhalten. Die neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Im Punkt Reichsversicherung wird nach kurzen Referat des Verbandsvorsitzenden Wespere folgende Resolution angenommen:

„Der 4. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Capezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands kann in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht erblicken.“

Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf schwere Eingriffe in die Selbstverwaltung der Versicherten, insbesondere in den neu geplanten Landkrankenstellen. Der Verbandstag protestiert gegen jene Entzweigungsversuche und weist dieselben mit größter Entschiedenheit zurück.

Auch für die Unfallversicherung bringt der Entwurf, von geringfügigen Erweiterungen der Versicherungspflicht abgesehen, nur Verschlechterungen, so hinsichtlich der Festlegung des Rechtsweges durch Beibehaltung des Returves an das Reichsversicherungsamt, des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit, der Einführung von Renten auf Zeit, der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, des Ansehens der Renten, des Arbeitszwanges u. a. m.

Der Verbandstag erklärt diese Bestimmungen für unannehmbar und fordert die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Lohnarbeiter. Dringend notwendig ist insbesondere, daß für die Capezierer und verwandten Berufsgenossen ein einheitlicher, zweifelsfreier Rechtszustand geschaffen wird, dadurch, daß alle Capezierer, ohne Rücksicht auf die Größe des Betriebes und die Art der Arbeit, der Unfallversicherung unterstellt werden.

Für die Invalidenversicherung läßt der Entwurf zeitgemäße Reformen und Erleichterungen des Rentenbezuges vermissen, vor allem die Angleichung der Pensionsversicherung der Privatangestellten. Die vom Entwurf vorgeschlagene Lösung der Frage der Witwen- und Waisenversicherung hält der Verbandstag nicht den Anforderungen des vom Reichstage erlassenen Gesetzes entsprechend; er fordert eine Versicherung aller Arbeiterwitwen, ohne Rücksicht auf das Maß der Erwerbsfähigkeit der letzteren.

Inbesondere protestiert der Verbandstag gegen die vom Entwurf geplante Belastung der Arbeiterversicherung mit einem kostspieligen Beamtenapparat, der eine stete Gefahr für die ohnehin geringen Selbstverwaltungsrechte der Versicherten bedeutet.

Der Verbandstag fordert alle Berufsangehörigen auf, etnützig gegen diesen Entwurf Stellung zu nehmen. Nicht Entzweigung der Versicherten, sondern Sicherung der Selbstverwaltung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Erweiterung derselben soll das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.

Vor der Beratung der Allgemeinen Anträge wird der Punkt Wahlen erledigt. Aus der hierzu eingesetzten Kommission macht Erlinwaldt-Hamburg zunächst Vorschläge betreffend die Anstellungsbedingungen der Beamten. Die Kommission empfiehlt, als Anfangsgehalt für die Mitglieder des Hauptvorstandes 2200 M. zu setzen, steigend die beiden ersten Jahre um je 120 M. pro Jahr, dann um 60 M. pro Jahr, bis zum Höchstbetrag von 2700 M. Für die Gauleiter soll das Anfangsgehalt 2040 M., in derselben Weise steigend bis zum Höchstbetrag von 2400 M., betragen. Die Lokalbeamten sollen mindestens 2000 M. erhalten. Gegen diese Vorschläge machte sich scharfe Opposition bemerkbar. Straffer-Berlin beantragt, für die Hauptvorstandsmitglieder 2200 M., steigend um jährlich 60 M. bis 2500 M., und für die Gauleiter 2000 M., steigend bis 2420 M., festzusetzen. Nach längerer Debatte gelangt der Kommissionsantrag bezüglich der Gehälter der Hauptvorstandsmitglieder mit 24 gegen 17 Stimmen

und bezüglich der Gauleiter mit 20 gegen 12 Stimmen zur Annahme. Dem Vorschlage der Kommission bezüglich der Lokalbeamten stimmt der Verbandstag zu. Sollte die Erhöhung der Gehälter auf 2000 M. aus örtlichen Mitteln nicht aufzubringen sein, so ist der Verbandstag damit einverstanden, daß diesen Orten aus der Hauptkasse Zuschüsse gewährt werden. Die sonstigen Anstellungsbedingungen werden ohne Widerspruch akzeptiert. Als ersten Vorsitzenden schlägt die Kommission an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Wespere, der als Arbeitersekretär nach Danabück geht und deshalb eine Wiederwahl abgelehnt hat, den bisherigen Kassierer Spliedt-Berlin und als Kassierer Engel-Dresden vor. Der Verbandstag wählt die Vorgesetzten; wiedergewählt werden der Redakteur und die angehenden Gauleiter.

Dann kommt der letzte Punkt der Tagesordnung, Allgemeine Anträge, zur Beratung. Nach einem Beschlusse bei Beginn des Verbandstages sollte nun die Verschmelzungsfrage debattiert werden. Aus Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wird von einer Erörterung abgesehen — die Frage sei noch nicht spruchreif, meinte ein Redner — und eine Resolution abgelehnt, die den Hauptvorstand beauftragt, die Frage der Verschmelzung mit den Sozialarbeitern im Verbandsorgan eingehend zu behandeln und diese Frage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen.

Der Verbandstag stimmt dann einem Antrag Berlin zu: An Orten, wo Spezialkassen existieren, haben sich diese in Sektionen zusammenzuschließen. Dem Vorstand zur Veranschaulichung überwiesen werden Anträge, die wünschen, daß in nächster Zeit eine Konferenz der Arbeiter Deutschlands einberufen und eine Erhebung über die Branchentage der Arbeiter und Knechtelwege veranlaßt wird.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages beendet. Vorsitzender Wespere zieht ein kurzes Resümee der Verhandlungen und schließt es mit einem Hoch auf den Verband. Vorher wurde dem schiedenden Vorsitzenden Wespere der Dank des Verbandstages für seine Tätigkeit für die Organisation ausgedrückt. Der nächste Verbandstag findet 1912 in Köln statt.

Ausserordentlicher Verbandstag der freien Gastwirte Deutschlands.

k. Berlin, 22. Juli 1909.

Am zweiten Verhandlungstag stand der Punkt Agitation und Organisation zur Beratung. V. d. Heyden-Köln referierte kurz. Der Verband habe seit dem letzten Verbandstag in Köln um 320 Mitglieder zugenommen und sei nun auf über 6000 gestiegen. Die Agitation müßte künftig noch intensiver als bisher betrieben werden. Die Bezirkstage hätten keine große Bedeutung. Redner schlägt vor, künftig den Verbandstag alljährlich abzuhalten und die Bezirkstage abzuschaffen.

In der Debatte wird eine Neuerteilung verschiedener Bezirke gefordert. Wädel-Berlin meint, der Passus im § 2 des Statuts, wonach Mitglied des Verbandes nur der werden kann, der „sich mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklärt und politisch organisiert ist“, würde in der Agitation oft hinderlich sein. Man solle die Worte „und politisch organisiert ist“ streichen, denn dieser Passus sei nicht mehr haltbar, andere wirtschaftliche Organisationen würden derartige Aufnahmebedingungen auch nicht stellen. Einzelne Redner stimmten Wädel zu — die Gastwirte Witten nicht alle politisch organisiert sein, sagte Schwab-Strasburg — die Mehrzahl wendet sich aber gegen seine Ausführungen. Matthes-Berlin hebt hervor, Wädel habe nicht im Auftrag der Berliner gesprochen, diese seien anderer Meinung. Betont wird auch, daß der außerordentliche Verbandstag kein Recht zur Statutenänderung habe. Die Leitung des Verbandstages schlägt vor, diese Frage auf dem nächsten ordentlichen Verbandstage zu behandeln, dem Wädel zugestimmt.

Erwähnenverweigerter, daß Matthes-Leipzig am Schlusse der Verhandlungen erklärt, die Leipziger Kollegen erblicken in der Einberufung des Verbandstages einen Verstoß gegen den § 11, nach dem nur in dringenden Fällen ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden kann. Litfin-Berlin verteidigt das Verhalten des Vorstandes.

Festgestellt wird noch, daß von 90 vertretenen Zahlstellen 30 Gewerkschaftskartellen angeschlossen sind.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages beendet. Vorsitzender Litfin schließt ihn mit einem Hoch auf den Verband und die Partei.

Der nächste Verbandstag findet 1910 in Linden-Hannover statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Reinfall der Gelben in der Leipziger Ortskrankenkasse.

Unter den mehreren Hundert Leipziger Ortskrankenkassenangestellten gibt es auch eine Klasse „nationaler Männer“, die — als mit der Reichsversicherungsordnung die Staatsbeamteneigenschaft wünte — mit seinem Instinkt merken, von wober in Zukunft der Wind der Gunst wehen würde. Sie glauben da rasch beweisen zu müssen, daß sie mit dem „sozialdemokratischen Kassenvorstand“ nie etwas gemein gehabt hätten, und gründeten einen „nationalen“, das will also heißen einen gelben Kassenbeamtenverband, der denn auch rasch seine Existenz in einem Angriff auf den Kassenvorstand bewies. Daß er sich dabei der neuesten Nachrichten und des Abendblattes bediente, versteht sich von selbst; Dred zieht eben Dred an.

Die blamable Wendung, die der Konflikt nun genommen, hat die Herren und ihre Verborgane arg verduht. Die Deulmeveler in dem Artikel Dichtung und Wahrheit über angebliche Insubordination macht sich, nachdem die Herren bis vor kurzem noch die breiteste Dessenlichkeit für ihre Schimpereien in Anspruch nahmen, besonders gut. Fortgesetzt haben sie die genannten Blätter über den Stand der Dinge unterrichtet und ihnen den bekannten „ausläurenden“ Bericht gehen lassen; und jetzt mit einem Male diese Seiten vor der Dessenlichkeit! Hat doch der aufgeregte Ausschuss sogar den Kassenvorstand wegen seiner Geschäftsführung bei der Aufsichtsbekörbe demütigt, allerdings nur, um einen glänzenden Reinfall zu erleben. Was sein, daß sich jetzt, besonders nach der energischen Stellungnahme des Kassenvorstandes wirklich das Bedürfnis geltend macht, aus der Dessenlichkeit zu verschwinden.

Sind die Herren wirklich so naiv, zu glauben, daß damit die Sache auch für andere Leute erledigt sei? Die Dessenlichkeit, vor allem die Leipziger Arbeiterklasse, hat auch weiterhin ein dringendes Interesse daran, über den Verlauf des Konfliktes unterrichtet zu werden, und über die wirklichen Beweggründe einiges zu erfahren.

Handelt es sich doch hier nicht, wie aus tatsächlichen Gründen von den „Nationalen“ vorgegeben wird, um Wahrung materieller Interessen, sondern um eine reine Demonstration mit dem politischen Hintergrunde, der Regierung in ihren, auf die Vertreibung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen gerichteten Bestrebungen, entgegenzukommen.

Man täusche sich nur nicht über die Situation! Dieser „nationale Beamtenausschuss“ ist nichts als das Kristallisationsprodukt politischer Freiberber, deren Fäden von jeher in erster Linie durch die wirtschaftliche Vereinigung der Angestellten führten, um, nach allen Seiten auseinanderlaufend, an den verschiedensten Punkten, u. a. auch im Reichsverbande zur Vertämpfung der Sozialdemokratie zu enden!

Einige Veränderungen in der inneren Verwaltung der Klasse im Sinne einer Vereinfachung der Geschäftsführung —